

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtspaltige Seite, außerhalb 0,15 Zloty. Anzeigen unter Text 0,60 Zloty von außerhalb 0,80 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

❖ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ❖

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 5. ct. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Kattowitz, Kattowitzer Platz 6, sowie durch die Postportale.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. K. D., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Friede in Rumänien?

Erklärungen Bratianu und Ducas — Keine Zugeständnisse an die Bauernpartei — Carols Rückkehr ausgeschlossen

Bukarest. Im Klub der Liberalen Partei gab Ministerpräsident Bratianu eine Erklärung ab, in der er einleitend darauf hinwies, daß das Parlament in nächster Zeit die Stabilisierungsvorlage verabschieden werde. Bratianu kam dann auf die innenpolitische Lage zu sprechen und erklärte, im Lande gingen Dinge vor, gegen die sich die Regierung stellen müsse. Was in London geschehen sei, beweise, wie recht König Ferdinand gehandelt habe, als er den bekannten Beschluß in der Angelegenheit Carols traf. Bedauerlich sei es, daß die Nationale Bauernpartei in dieser Frage keine eindeutige Haltung einnehme. Ebenso bedauerlich sei auch die von dieser Partei in Karlsburg gefaßte Entschlieung.

Innenminister Ducas hat eine Erklärung an alle Parteiorganisationen gerichtet, in der festgelegt wird, daß die Nationale Bauernpartei sich durch ihre Entschlieung in der Karlsburger Versammlung gegen das Parlament und die Verfassung gerichtet habe. Ihr Ziel sei, diese Einrichtungen zu beseitigen, was einer Diktatur des Proletariats gleichkomme. Die Regierung könne der Partei auf diesem Wege nicht weiter folgen. Die unglückselige Haltung des früheren Thronfolgers habe König Ferdinand und die verfassungsmäßigen Faktoren gezwungen, Maßnahmen zu treffen, um die normale Nachfolge auf den Thron zu sichern und die Dynastie vor jeder Gefahr zu schützen. Das ganze Land habe Verständnis für diese Frage, nur die Nationale Bauernpartei nehme dabei eine merkwürdige Haltung ein.

Der Schacht-Prozess

Es ist das Unglück des „sozialistischen Sowjetstaates“, daß er sich selbst von der proletarischen Bewegung der Welt abspaltet und die Beurteilung seiner inner- und außenpolitischen Lage nur den Korrespondenten der bürgerlichen Presse überläßt. Bisher ist es noch keiner sozialistischen Partei gelungen, für ihre Presse eigene sozialistische Korrespondenten nach Rußland zu entsenden. Und so ist es auch verständlich, daß sich die sozialistische Presse bei ihrer Kritik über russische Verhältnisse nicht allein auf die Berichterstattung bürgerlicher Blätter beziehen kann, sondern auch Quellen der sozialistischen Emigration benützt, die nicht immer russischen Verhältnissen gerecht sein mögen. In den kommenden Tagen wird nun Rußland wiederum der Schauplatz von Sensationen sein, da sich vor den Augen der Welt jener Prozess wegen der Industrie-Sabotage abspielen wird, den die Beherrscher des Kremels mit agitatorischer Fertigkeit aufgezogen haben. Aber selbst die eingehendste Berichterstattung wird darüber nicht hinwegtäuschen können, daß es etwas faul im kommunistischen Staat ist und daß man propagandistische Mittel bedarf, um das Vertrauen der arbeitenden Massen Rußlands, zu ihrem Staat wieder zu beleben. Daraus darf aber den Sowjetleuten kein Vorwurf gemacht werden, bedienen sie sich doch der gleichen Mittel, um die Volkstimmung zu heben, wie wir dies auch in allen anderen Ländern erlebt haben. In Oberschlesien hat man einen Volksbundprozess imigriert, im übrigen Polen einen Prozess gegen den Deutschtumsbund, in Weißrußland Prozesse gegen angebliche Staatsumstürzler und wo es an sonstigen Behelfen fehlt, müssen die Kommunisten herhalten. Und nicht nur in Polen „hebt“ man so die Volkstimmung, sondern auch anderwärts. Mussolini zum Beispiel versteht sich musterhaft auf Attentate, England auf Fälschung von Sinowjewbriefen und die Franzosen haben ihren Autonomienprozess in Elsass, wo man eben bemüht ist, die sinkende „Volkstimmung“ für das „Liebe“ Vaterland zu erhalten. Darum ist es wohl auch gerechtfertigt, wenn sich solcher Mittel auch ein proletarischer Staat bedient, die „Diktatur über dem Proletariat“ damit zu decken versucht.

Der „Schacht-Prozess“, der am 18. Mai in Moskau beginnt, soll der russischen Arbeiterklasse beweisen, mit welchen Schwierigkeiten der proletarische Staat zu kämpfen hat, um sich zu erhalten. Er kommt der Sowjetunion gelegen, denn es ist nicht mehr zu verdecken, daß selbst nach der Enttarnung der Opposition, die Krise im Kreml fort dauert und daß der allgewaltige Stalin seinen Kurs ganz im Sinne der Opposition einschlagen muß. Nach dem Abbruch der Beziehungen Englands zu Rußland ist diese Krise latent geworden; der russische Staat ist isoliert. Zu der außenpolitischen Krise gesellen sich die Schwierigkeiten im Innern, der Kampf gegen die „Kulaki“ und Bauern, die nicht mehr die nötigen Mengen an Getreide abliefern wollen, die neue Bourgeoisie konsolidiert sich, man muß sie erhalten, um im Ausland den Boden für kommende Kapitalinvestitionen zu sichern. Aber die Lage der Arbeiter wird nicht besser, besonders die Bergarbeiter im Donnezgebiet murren und da war eine Abwechslung von Räten. Man fand sie in der angeblichen Sabotage einiger Leiter und Spezialisten, den Fachmännern der Betriebe, denen die Werke anvertraut sind. Nun fand auch hier die Tscheka einen Ableitungskanal für die Unzufriedenheit, man entdeckte, daß seit Jahren eine riesige Sabotageorganisation am Werk sei, die die Betriebe an ihrer Entwicklung hindert, die besten Kohlenadern unangebeutet läßt und sie angeblich für die kommenden Besitzer sichert. Diese Sabotageorganisation soll von ausländischen Kapitalisten mit allen Mitteln unterstützt werden, die Sabotage soll einen bedenklichen Umfang angenommen haben. Und wie das so bei der Arbeit der Tscheka immer gelingt, wie eben durch Spionagearbeit bei ähnlichen Prozessen, daß alles durch Zeugen bewiesen wird, so haben auch hier die Verhaftungen zu Geständnissen der Angeklagten geführt. Einige Hundert Ingenieure und sonstige Spezialisten sind verhaftet worden, die Anklage ist auf 50 Personen zusammengeschmumpft, lauter Russen, die geständig sind, die einen mehr, die anderen weniger. Hinzu kommen noch einige deutsche Ingenieure, denen als Leiter der gleiche Vorwurf gemacht wird. Nicht die Personen interessieren hier, sondern der Umstand, daß die Anklage gerade jetzt in der schwierigen innerpolitischen Situation erhoben wird, für Fälle, die schon einige Jahre zurückliegen sollen.

Es wäre verfehlt, den ganzen Prozess als eine Machination zu bezeichnen. Denn jeder objektive Beobachter weiß, daß Bestrebungen am Werk sind, die mit allen Mitteln das heutige System in Rußland stürzen wollen. Eines der Mittel, um Rußland immer neue Schwierigkeiten zu bereiten, ist die Industriesabotage und damit verbunden die Berichterstattung über wirtschaftliche Vorgänge in der Sowjetunion, die ja in Form von Spionage von fast allen Staaten betrieben wird. Daß eine falsche Berichterstattung zur Schädigung der Sowjetunion führt, ist selbstverständlich, denn das Privatkapital will nicht größere Investitionen machen, als ihm Gewinne bevorstehen. Und daß die russische Emigration und besonders die früheren Besitzer der frag-

Frankreich zum Berliner Besuch Dr. Benesch

Paris. Der bevorstehende Besuch des tschechoslowakischen Außenministers in Berlin, der nach den Mitteilungen des „Paris Soir“ trotz der Erkrankung Stresemanns erfolgen wird, löst in den Kreisen der Anhänger der Kleinen Entente lebhaftes Interesse aus und gibt zu Kommentaren Anlaß, in denen Benesch verdächtigt wird, Pläne zu hegen, die gegen die Interessen der Kleinen Entente gerichtet seien. Der „Temps“ erklärt demgegenüber, daß man dem Besuch Benesch in Berlin vom internationalen Standpunkt aus, keine allzugroße Bedeutung beimessen solle, obwohl es das erste Mal sei, daß sich Benesch in Berlin aufhalten werde. Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß die Prager Regierung an irgendeiner Aenderung ihrer Politik denke; der Reise lägen vielmehr lediglich wirtschaftliche Interessen zugrunde. Vom allgemeinen Gesichtspunkt aus, sei die Politik der Tschechoslowakei identisch mit jener der Kleinen Entente. Dies erklärte sich schon dadurch, daß man in Prag einer wirtschaftlichen Donau-Entente grundsätzlich wohlwollend gegen-

überstehe, da dadurch Oesterreich die Möglichkeit gegeben würde, aus eigenen Mitteln zu leben und damit die Anschlussfrage beseitigt werden könnte. Wie wenig die Tschechoslowakei an eine Revision des Trianon-Vertrages denke, bewiesen am besten Neuierungen des tschechoslowakischen Gesandten in Paris, Dujst, der vollkommen klar zu verstehen gegeben habe, daß die Tschechoslowakei nicht gewillt sei, auch nur ein Stückchen Land abzutreten. „Paris Soir“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Außenminister der Kleinen Entente auf ihrer bevorstehenden Besprechung über eine einheitliche Haltung gegenüber den von Rom und London unterstützten diplomatischen Angriffen gegen den Trianon-Vertrag werden einigen können. Der halbamtliche „Zeit Parisien“ stellt fest, daß er von Lord Rothermere eingeleitete Feldzug für eine Revision des Trianon-Vertrages in Großbritannien starken Fortschritt gemacht habe. Es sei zu hoffen, daß die Konferenz der Kleinen Entente dieser Propaganda jede Grundlage nehme.

Chamberlain — der „Friedensapostel“

London. Sir Austen Chamberlain und Frau waren am Donnerstag Gäste der Stadt Glasgow, wo dem Außenminister der Ehrenbürgererschaft der Stadt überreicht wurde. Bei der Feier erklärte der Oberbürgermeister, der Völkerverbund habe niemals einen begeisterteren und loyaleren Minister besessen, als Sir Austen Chamberlain. Wenn er die Person des Außenministers mit einigen Worten würdigen sollte, so würde er dies mit den Worten „Der Friedensapostel“ tun. In seiner Erwiderung gab Chamberlain einen kurzen Abriss der britischen Außenpolitik bis zum Abschluß der Locarnoverträge.

Er erklärte dabei u. a., daß noch ein langer Weg zu gehen sei. Aber schon jetzt könne man das Ergebnis des großen Werkes des Wiederaufbaues sehen. Deutschland und Frankreich arbeiteten zusammen, um die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern aus dem Wege zu räumen. Was das Verhältnis zwischen Großbritannien und anderen Ländern angehe, so müsse man sich darüber klar sein, daß, was es auch immer für Gegenstände geben möge, keine Meinungsverschiedenheit die Kosten eines Krieges wert sei. In der Wahrung des Friedens liege die Sicherheit der britischen Nation und ihrer Zivilisation.

Japan gibt Peking und Tientsin auf

Die gestörte Zusammenarbeit der Mächte.
Tokio. In Japan wird allgemein eine neue ernste Verschärfung der Lage in China erwartet. Freitag findet ein außerordentlicher Thronrat statt, der über das weitere Verhalten Japans gegenüber China beraten soll. Peking und Tientsin sind von Japan nahezu vollkommen aufgegeben worden. Jetzt dreht sich die Sorge um die Stellung Japans in der Mandschurei. Die japanische Militärpartei fordert, daß die Mandschurei und die Mongolei für neutrale Zonen erklärt werden und verlangt energisch, daß der Vormarsch der Südtruppen trotz der Gefahr kriegerischer Verwickelungen durch die japanische Seemacht verhindert wird.

Der japanischen Einwohner Nordchinas hat sich eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Die Militärbehörden haben die Zivilisten vor bestimmten Sammelpunkten, so in Peking im Gesandtschaftsviertel und in Tientsin in der Konzession konzentriert. Zwei Dampfer mit japanischen Flüchtlingen haben bereits Tientsin verlassen. In den Kreisen der übrigen Ausländer wird die Lage trotz des Heranmarsches der Truppen verhältnismäßig ruhig betrachtet. Angesichts des japanischen Rückzugs auf Peking und Tientsin ist dort eine scharfe Agitation aufgeflammt. Fälle der Bemächtigung der von Japanern stehen jedoch vereinzelt da. Die Regierung in Tokio zeigt sich über die Zusammenarbeit der Mächte gegenüber China besonders beunruhigt.

Die „Italia“ auf der Rückfahrt

Rom. Nach einem Funktelegramm vom Bord der „Italia“, befindet sich das Luftschiff seit Mittwoch 23,30 Uhr auf dem Rückflug von Nowaja Semelja nach Kingsbay.

Filchners Expedition beendet

Aus Nordindien kommt die Nachricht, daß der deutsche Forscher Wilhelm Filchner (im Bilde), der vor längerer Zeit bereits einmal totgesagt war, seine Expedition durch Tibet erfolgreich beendet hat. Die Forschungsreise bezweckte erdmagnetische und astronomische Messungen sowie kartographische Aufnahmen unbekannter Teile Tibets.



Polnisch-Schlesien

Was macht der 8-Studentag?

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: Es geht nicht mehr an, über alles, was man über den 8-Studentag hört, zu schweigen. Bekanntlich haben wir unsere Ruhe behalten, selbst als wir über den Monat April nicht wesentliche Ueberleitungen wahrnehmen mußten. Wir haben aber in den verschiedenen Konferenzen als Delegationsmitglieder der Tarifgemeinschaft festgestellt, daß der Demobilisierungskommissar Herr Ing. Gallot absolut zuverlässig uns den Ueberleitungsplan vorgelegt hat. Nicht nur die Delegationsmitglieder, aber auch die Gewerkschaftsführer haben bei ihren Versammlungen und bei Konferenzen mit Betriebsräten stets mitgeteilt, daß die Ueberleitung ordnungsgemäß Platz greift. Herr Ing. Gallot, ein Mann vom Wort, hat wenigstens zugesagt, daß die neue Ueberleitung mit dem 15. Mai 1928 beginnt. Da wurden vom Herrn Ing. Gallot, wie wir es zum Teil selbst und zum Teil von den Gewerkschaften gehört haben, folgende Gruppen genannt: Glühereien, Eisen- und Metallformereien und Gießereien, Pulvereien und Schleifereien, Gaszentralen, Gasreiniger, Bohrer und Kettenfabrikation der Baldonhütte, Schrauben- und Nietenfabrik, Ferrum und einige kleinen Abteilungen, die als Spezialabteilungen bei uns gelten. Es muß einmal angefragt werden, ob der Herr Demobilisierungskommissar seine Versprechungen aufrecht erhält. Wir als Arbeiter haben jederzeit darauf Wert gelegt, daß das was gesagt worden ist, auch mit dem angelegten Datum begonnen hat. Inzwischen ist der 18. Mai herangerückt und nichts von den überleitenden Gruppen haben wir vernommen. Die Geduld wird selbstverständlich auch bei uns einmal zu Ende und wir wollen nicht den Vorwurf des Herrn Ing. Gallot hören, der dann sagt, wir hätten warten sollen bis zu dem Termin, den er uns genannt hat. Unsere Geduld reißt diesmal einige Tage nach dem Termin. Wir wollen den Gewerkschaften diesmal keine Vorwürfe machen, denn wir wissen, daß die Schuld bei ihnen nicht liegt. Wir fordern sie aber rechtzeitig auf, die Betriebsräte zusammenzurufen und weitere Wege beschließen, da sonst von der Ueberleitung der Hammerwerke, Brechwerke, Bandagewerke, Handwerker, Walzwerke usw. man gar nicht mehr sprechen könnte. Nochmal eine ernste Mahnung, damit später die Schuld nicht den organisierten Arbeitern zugeschoben wird.

Der Lohnkonflikt der Straßenbahner

Das Straßenbahnpersonal hielt gestern eine Versammlung ab, in der die Frage seiner Lohnerhöhung besprochen wurde. Nach der Mitteilung der Behörden kann es sich um eine Verringerung des Schiedsspruches nicht mehr handeln, wengleich auch die Kleinbahndirektion ganze Aktienstücke für die Ungültigkeitserklärung nach Warschau gesandt hat. Die Straßenbahner haben trotz alledem in ihrer Versammlung zum Ausdruck gebracht, daß sie gegen die Handlungsweise der Direktion den schärfsten Protest einlegen und es ergeht erneuert ein Streik für die Pfingstwoche, falls nicht die Forderungen der Straßenbahner bis dahin geregelt sind. Da auch andere Punkte wie Freizeiten usw. eine Rolle spielen, kann man in der Pfingstwoche mit dem Stillstand des Verkehrs rechnen.

Folgende Resolution wurde angenommen:

„Wir heute in Bielitz Hajduk versammelten Arbeiter und Straßenbahner verlangen einstimmig von den Behörden und Instanzen die Durchführung der Verbindlichkeitsklärung der uns vom Schlichtungsausschuß am 5. April 1928 zugesprochenen Lohnerhöhung von 8 bzw. 7 Prozent rückwirkend vom 1. April 1928. Ferner verlangen wir von der Wojewodschaftsbehörde die Einführung der Angehörigensicherung für das Fahrpersonal der Kleinbahn, damit wir in einem Kulturstaate wie es Polen ist, nicht aufs Alter gezwungen werden, durch Betteln und Almosen sammeln unser Leben zu fristen. Jahrelang kämpfen wir schon um eine bessere Sozialgesetzgebung, damit wir für das Alter nicht hilf- und hoffnungslos dastehen. Wir müssen feststellen, daß wir Menschen 2. Klasse in Polen sind. Wir versammelten haben bereits alle Regierungsinstanzen in punkto Sozialversicherung in Anspruch genommen, doch leider ohne einen Erfolg. Wir appellieren nochmals an die Wojewodschaftsbehörde uns eine Antwort in dieser Frage geben zu wollen, andernfalls sehen wir uns gezwungen, die uns zu Gebote stehenden Mittel in Bewegung zu setzen, um zu unserem langersehnten Rechte zu kommen. Gleichfalls appellieren wir an die Öffentlichkeit, sowie an die Abgeordneten im schlesischen Sejm, sich unserer Sache anzunehmen, damit wir Straßenbahner nach getaner Arbeit sorglos unseren Lebensabend beschließen können.“

Ferner protestieren wir ganz besonders gegen das Verhalten unserer Direktion, die uns Straßenbahner nicht nur um unseren Lohn bringen will, aber auch um die seit Jahren traditionell erhaltenen Freizeiten abnimmt.“

Nach dem Resolutionsurteil ist die Bewegung ziemlich scharf und diese Woche soll erneut eine Versammlung stattfinden, die weitere Beschlüsse tätigt.

Lohnerhöhung im Tischlergewerbe

Am Mittwoch fand in Kattowitz eine Sitzung der Schiedskommission statt, auf welcher über den Antrag des Arbeitnehmer-Berbandes bezüglich Erhöhung der Löhne im Tischlergewerbe entschieden wurde. Laut Beschluß sind die bisherigen Löhne für die Zeit vom 16. Mai bis einschließlich 31. August d. Js. um 10 Prozent erhöht worden.

Entscheidung der Tarifslichtungsstelle

Endlich gelang es nach dreijähriger Unterbrechung, die laut Manteltarif festgelegte Tarifslichtungsinstanz zusammenzubringen. Den Vorsitz übernahm Herr Appellationsrat Dr. Moris. Als Antrag wurde behandelt ein Streitfall bei den Gruben der Vereinigten Königs- und Laurahütte. 36 Steiger klagten um einen 8000 Zlotybetrag als Bezahlung für verjährte sogenannte Fettschichten. Die Verwaltung vertrat den Standpunkt, daß durch die Forderung die Ueberleitungen als abgefunden zu betrachten sind. Der angerufene Schlichtungsausschuß stellte sich auf den gegenteiligen Standpunkt und entschied zugunsten der Kläger. Die Verwaltung lehnte aber den Schiedsspruch ab

Schulanmeldungen für die deutschen Minderheitsvolkschulen

- A. Anmeldung der Schulanfänger.**
Alle im Jahre 1922 geborenen Kinder müssen in der Zeit vom 21. bis 24. Mai zur Schule angemeldet werden. Die Anmeldung erfolgt in der zuständigen deutschen Minderheitschule.
Die Amtsstunden für die Anmeldung sind aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die in jeder Gemeinde an der Gemeindefabel und in der Minderheitschule in deutscher und in polnischer Sprache ausgehängt sein müssen.
Es wird empfohlen, zur Anmeldung den Impfschein und die Geburtsurkunde des Kindes (Familienstammbuch) mitzubringen.
Der Nachweis der Staatsangehörigkeit darf nicht verlangt werden.
- B. Ummeldung von Kindern aus der polnischen Schule in die deutsche Minderheits-Volkschule.**
Kinder, die gegenwärtig eine polnische Schule besuchen, können in der Zeit vom 21. bis 24. Mai 1928 zur deutschen Minderheits-Volkschule umgemeldet werden.
Die Ummeldung erfolgt bei dem Leiter der polnischen Schule, die das Kind gegenwärtig besucht.
Die Amtsstunden für die Ummeldung sind aus den Bekanntmachungen zu ersehen, die in jeder Gemeinde an der Gemeindefabel und in der zuständigen polnischen Schule in deutscher und in polnischer Sprache ausgehängt sein müssen.
- C. Gemeinschaftliche Bestimmungen.**
Zur Anmeldung oder Ummeldung muß der Erziehungsberechtigte persönlich erscheinen. Eine schriftliche An- oder Ummeldung ist nicht zugelassen.
Erziehungsberechtigt ist der Vater, die verwitwete Mutter oder der Vormund. Eine Vertretung des lebenden Vaters durch die Mutter ist unzulässig.
Bei der An- und Ummeldung wird ein Protokoll aufgenommen.
Das Protokoll wird in deutscher und in polnischer Sprache abgefaßt.
- D. Die Erklärung über die Sprache.**
Die Wojewodschaft verlangt von den Erziehungsberechtigten folgende Erklärung:

Ich erkläre nach meinem Gewissen und unter meiner persönlichen Verantwortung, daß das Kind nur die deutsche Sprache spricht.
Die andere Erklärung besagt, daß das Kind nur die polnische Sprache spricht.
Diese Erklärungen wären für tausende von Erziehungsberechtigten wesentlich unwahr, weil die Oberschlesier in der Mehrheit zweisprachig sind.
Keine Behörde der Welt kann einen Menschen zur Unwahrheit zwingen.
Der deutsche Erziehungsberechtigte, der die geforderte Erklärung der Wahrheit entsprechend abgeben kann, gebe sie zu Protokoll.
Der deutsche Erziehungsberechtigte aber, der selbst deutsch und polnisch spricht, und der der Ueberzeugung ist, daß sein Kind deutsch spricht, gebe bei der Anmeldung folgende Erklärung ab:
Ich erkläre nach meinem Gewissen und unter der Verantwortlichkeit gegen mich selbst, daß die Sprache meines Kindes die deutsche Sprache ist.
Diese mündliche Erklärung schützt die Rechte seines Kindes auch dann, wenn sie nicht zu Protokoll genommen wird.
Niemand unterschreibe eine Erklärung, die seiner Ueberzeugung und der Wahrheit widerspricht.
Der Oberste Gerichtshof der Welt hat entschieden:
Jeder Staatsangehörige hat die Freiheit nach seinem Gewissen und unter der Verantwortlichkeit gegen sich selbst zu erklären, welches die Sprache seines Kindes ist.
Diese Erklärung muß sich auf das beziehen, was der Erklärende als die tatsächliche Lage ansieht.
Diese Erklärung unterliegt keiner Nachprüfung, keiner Bestreitung, keinem Druck und keiner Behinderung von Seiten der Behörden unter irgendwelcher Form.
Deutsche! Für das Wohl Eurer Kinder seid Ihr nur Euch selbst und Euren Gewissen verantwortlich.
Wahret Euer Recht! Das Recht muß siegen!

und die angerufene Tarifslichtungsstelle entschied ebenso zugunsten der Kläger, und zwar ist das Urteil endgültig. Der genannte Betrag ist sogar mit Verzinsung zu zahlen. Dieser Entscheid dürfte sich auch auf die anderen Betriebe auswirken, da viele Verwaltungen die Fettschichten auch nicht bezahlen.

Ermäßigte Gebühr für deutsche Sichtvermerke

Das Deutsche Generalkonsulat teilt mit: In Belager der „Prensa“, Internationalen Presseausstellung in Köln, und der unter der Bezeichnung „Nürnberg im Dürerjahr 1928“ zusammengefaßten Veranstaltungen der Stadt Nürnberg zum Andenken Dürers werden deutsche Sichtvermerke gegen eine um 50 v. H. ermäßigte Gebühr erteilt. Die Ermäßigung der Gebührenerhöhe erfolgt bei Vorlage eines Ausweises der „Prensa“ oder bei selbstständiger ausdrücklicher Berufung auf den beabsichtigten Besuch einer der beiden oben genannten Veranstaltungen. Personen, die selbst Ausstellungen auf der „Prensa“ veranstalten, oder Mitglieder oder Angestellte ausstellender Unternehmungen erhalten die Sichtvermerke gebührenfrei.

Kattowitz und Umgebung

Die Anmeldungen für die Städtische Mädchen- und Knaben-Mittelschule für die deutsche Sprachminderheit in Kattowitz.

finden in der Zeit vom 21. Mai bis 24. Mai 1928 einschließlich, täglich von 10-12 Uhr vormittags, in der Kanzlei der Mittelschule für die deutsche Sprachminderheit in Kattowitz, ul. Szkolna statt. Es werden nur Anmeldungen für Schulanfänger angenommen, die ihren Wohnsitz in Kattowitz haben und den Bedingungen der Aufnahme in eine deutsche Minderheitschule laut Artikel 106 des Genfer Abkommens entsprechen. Die bereits getätigten Anmeldungen sind ungültig. Der Erziehungsberechtigte muß diesmal persönlich zur Anmeldung erscheinen und erhält in der Kanzlei der Mittelschule ein Protokoll zur Unterschrift. Wir verweisen außerdem auf den Aushang am schwarzen Brett in der Mittelschule.

Wichtige Magistratsbeschlüsse.

Auf der letzten Magistratsitzung in Kattowitz wurde über eine Reihe Projekte betreffend den Ausbau der Straßenzüge, sowie ein weiteres Projekt, nach welchem die Stadt Kattowitz zu äußerst günstigen Bedingungen Kredite aufnehmen und erlangen könnte, beraten. Diese Angelegenheiten werden an die Stadtverordnetenversammlung zwecks weiterer Stellungnahme überwiesen. Weiterhin ist im Hinblick auf die bevorstehende Reorganisation in den städtischen Mittelschulen beschlossen worden, es bei dem bisherigen Stand weiterhin, demzufolge im Schuljahr 1928/29 bewenden zu lassen und nur eine der niedrigsten Schulklassen (Aufnahmeklassen) ohne Parallelklassen zu eröffnen. In die weiteren Klassen sollen grundsätzlich nur orisanfähige Schüler angenommen werden. Als Beihilfe für den Hilfsfonds der Opfer der hulgariischen Erdbebenkatastrophen sind 1000 Zloty bewilligt worden. Schließlich wurde einem Antrag auf Einstellung weiterer 6 Krankenpflegerinnen, sowie 2 Krankenpfleger für das städtische Krankenhaus in Kattowitz zugestimmt.

Wichtig für Militärpflichtige! Nach einer Bekanntmachung der Polizeidirektion in Kattowitz finden ab 1. Mai d. Js. alle Angelegenheiten betr. die Durchführung der Musterungen bzw. militärischen Aushebungen, Gewährung von Erleichterungen durch zeitweilige Zurückstellung der Militärpflichtigen usw., nunmehr dort ihre Erledigung. Demzufolge werden die Antrag-

steller ersucht, sich für die Folge in allen diesbezüglichen Angelegenheiten unmittelbar an die Polizeidirektion und nicht wie bisher an den Magistrat in Kattowitz zu wenden.

Schlesischer Heimatabend. Der Deutsche Kulturbund veranstaltet Samstag, den 19. Mai, 8 Uhr abends, im Saale des Christlichen Hospizes, den zweiten Volkskumstabend, unter dem Titel „Schlesischer Heimatabend“. Er soll in knappsten Zügen ein Bild geben von der Art der Bieltz-Bialaer Sprachinsel und ihren deutschen Menschen. Ein Lichtbildvortrag weist die Schönheit der Landschaft, besonders der Bieltz Berge, berichtet kurz von der 650jährigen Geschichte der Stadt und der deutschen Dörfer um sie, und zeigt Bilder von Stadt- und Bauernhäusern, Holzkrähen, Trachten und Menschen. Dann werden Volkslieder der Sprachinsel gesungen, vor allem solche in schlesischer Mundart. Ein Bauerngedicht „Der Liigajürg“ gibt eine Probe von schlesischer Mundart. Den Schluß und Höhepunkt aber bilden die schönen, alten Bieltz Volksstänze, die in der Volkstracht, oder vielmehr in den drei heute in der Sprachinsel lebenden Volkstrachten vorgeführt werden. Der Abend wird durch Bieltz Wanderlieder ausgeführt. — Karten zu 2, 1 und 0.50 Zloty sind in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes, Kattowitz, Starowiejska, von 9-1 und 4-6 Uhr, sowie an der Abendkasse zu haben.

Angeschossen. Der vom Dienst heimkehrende Grenz Zollbeamte Belzarek wurde von dem als Schmuggler bekannten Friedrich Ulbrich im angetrunkenen Zustande angefallen. Der Angefallene zog schließlich zu seiner Verteidigung die Dienstwaffe. Ungeachtet dessen benahm sich Ulbrich wie ein Wüterich. Bei dem gegenseitigen Schüssen ging ein Schuß los, der Ulbrich in der Magenegend verletzte.

Wenn man aus dem fahrenden Zuge springt. Von einem sich bereits in Fahrt befindlichen Personenzug sprang auf dem Kattowitzer Bahnhofe der Händler Johann Sobel ab. Dieser Sprung brachte ihm den Bruch beider Beine ein. Der Leichsinnige wurde nach dem städt. Krankenhaus überführt.

Unglücksfall am Neubau. Ein Kalkstein stürzte vom Gerüst des Neubaus an der ul. Sobolska ab und traf so unglücklich den Maurer Richard Nowak am Knie, daß ihm dieses zerquetsert wurde.

Kommunales aus Eichenau! Nach einer längeren Ruhepause fand am 16. Mai eine Gemeindevorversammlung statt. Gemeindevorsteher Kosma eröffnete dieselbe mit den üblichen Formalitäten und brachte 2 Dringlichkeitsanträge, welche angenommen wurden und als Punkt 11 und 12 in die Tagesordnung eingeschoben. Gemeindevorsteher Orzel von der Sanacja brachte ebenfalls 2 Dringlichkeitsanträge und zwar Revision zur Wahl der Bezirksvorsteher, die bereits ihr Amt versehen und der zweite, daß die Abstimmung durch Erheben von den Plätzen geschahen soll und nicht durch Handerheben. Beide Anträge wurden abgelehnt. Nun schritt man zur Erledigung der Tagesordnung, die 16 Punkte umfaßte. Punkt 1, Annahme eines Zusatzstatuts betreffs Erhebung von Grunderwerbsteuer wurde angenommen. Die Steuer, die bis jetzt 3 Prozent von Hundert betrug, erniedrigt sich auf 1½ Prozent. Der nächste Punkt, Ausbau der Kirastrafe und Kosciuszkoplatz, zu dem die Straßenausschuss beim Landratsamt ein Projekt ausarbeiten soll, wurde auch angenommen. Punkt 3, Ausbau von Straßen, Wasser und Lichtanschluß in die neue Arbeiterkolonie auf der Gluckstraße, fand Annahme, ebenso der nächste, Verlängerung der Baulinie auf der ul. Hallera. Zu bemerken wäre noch, daß die Gemeinde Eichenau die Felder von Harriman und Giesche erwerben wollte, der Kauf an dem hohen Preise von 10 Zloty pro Quadratmeter scheiterte. Die Felder waren sehr niedrig bebauet. Der hohe Preis veranlaßte die Gemeinde, die ganzen Felder als Baugelände zu betrachten und dementsprechend mit Steuern zu belegen. Der Bewilligung einer Entschädigung von 100 Zloty der Gesundheitskommission für das Jahr 1927, wurde stattgegeben. Zu diesem Punkt stellt Gemeindevorsteher Rogi

Unschuldige auf dem Schafott

Der Fall Jakubowski. — Justizirrtümer der neuesten Zeit. — Die Todesstrafe muß fallen.

Menschliche Fehlbarkeit offenbart sich nirgends so erschütternd wie in der Rechtsprechung, weil kein Irrtum verhängnisvollere Folgen haben kann als der des Richters. Der Fall des russischen Kriegsgefangenen Jakubowski, der wegen angeblicher Ermordung seines unehelichen Kindes zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war, bringt uns mit schrecklicher Deutlichkeit zu Bewußtsein, wie sehr auch die Rechtspflege dem Irrtum unterworfen ist. Gerade in letzter Zeit hatte man häufiger Anlaß, über den Justizirrtum nachzudenken; einige erschütternde Fälle erregten das Aufsehen der ganzen Welt. Sacco und Vanzetti, die beiden Italiener, die im vergangenen August in Boston hingerichtet wurden, nachdem ihr Prozeß volle sieben Jahre gedauert hatte, haben bis in ihre Todesstunde nicht aufgehört, ihre Unschuld zu beteuern, und es ist fast selbstverständlich, daß die Zeugen — bewußt oder unbewußt — durch eine falsche Aussage die beiden Männer auf den elektrischen Stuhl gebracht haben. Dann mußte sich die Welt mit einem anderen furchtbaren Justizmord beschäftigen, den englische Richter an dem Deutschen Oskar Slater begangen hatten. Slater war wegen Ermordung einer dreißigjährigen Frau zum Tode verurteilt, vierundzwanzig Stunden vor dem Vollstreckungstermin begnadigt worden und hatte achtzehn volle Jahre im Zuchthaus verbracht. Der Unglückliche hatte wenigstens in der Welt, die er verlassen mußte, noch Menschen, die an seine Unschuld glaubten und immer wieder für sie eintraten.

Über erst nach achtzehn Jahren sahen die Behörden ihr Unrecht ein und gaben dem unschuldig Verurteilten die Freiheit zurück. Neben diesen großen Fällen, die in der ganzen Welt-presse ein lautes Echo fanden, hat es noch andere, kleinere gegeben, die mit weniger Seiten abgetan wurden — Fälle, die darum nicht minder erschütternd, denn überall sind es

Menschenleben, Freiheit und Ehre,

die durch den Spruch des Gerichts vernichtet werden. Und es ist nur ein schwacher Trost, daß nicht alle Justizirrtümer auf dem Schafott enden, das sie unwiderruflich macht. Ein Jahr, das ein Unschuldiger hinter Kerkermauern zubringen muß, bedeutet für ihn tausendjährigen Tod.

In die Schuld an Justizmord teilen sich viele. Meist sind es mit oder ohne Willen irrende, verblendete, habgierige oder rechtsaberliche Zeugen, die das Schicksal des Angeklagten besiegeln. Im Fall Jakubowski hat sich sogar während der neuerlichen Ermittlungen der Behörden herausgestellt, daß die Männer, die während des Prozesses als Hauptbelastungszeugen aufgetreten waren, in Wirklichkeit selbst als die Täter zu betrachten sind.

Früher, als Geständnisse und Zeugenaussagen noch durch leibliche und seelische Foltern erpreßt werden konnten, waren Justizirrtümer an der Tagesordnung; sollte man nicht meinen, daß heute, wo Psychiatrie und Psychologie ihren Einzug in den Gerichtssaal gehalten, wo sich die kriminalistischen Methoden vervollkommen, die Gewissen verschärft und verfeinert haben, ein Justizirrtum Seltenheitswert genießt? Leider ist die moderne Rechtspflege noch nicht so weit, daß eigene und fremde Fehler sie nicht berühren könnten. Im Jahre 1921 wird der Gutsbesitzer Klein aus der Strafanstalt Görlitz entlassen,

nachdem sich seine Unschuld herausgestellt hat;

im Jahre 1907 hatte ihn das Hirscherger Schwurgericht wegen Anstiftung zur Ermordung seines Vaters zum Tode verurteilt; er war dann zu lebenslanglichem Zuchthaus begnadigt worden. Im Jahr 1926 meldeten die Zeitungen, daß ein ehemaliger Mastrofse namens Pfänder aus Kairifindach bei Höchstädt a. d. Aisch aus dem Zuchthaus entlassen worden sei. Pfänder war vom Kriegsgericht wegen Ermordung eines Bauernmädchens zum Tode verurteilt und begnadigt worden; er hatte acht Jahre im Zuchthaus gefessen und war erst durch das Geständnis eines ehemaligen in seinem Heimatdorf beschäftigten französischen Kriegsgefangenen befreit worden.

Ebenfalls im Jahre 1926 erhielt der Fleischer Eduard Trautmann die Freiheit wieder, der für einen Mord, den in Wirklichkeit der Münsterberger Massenmörder Denke begangen hatte, volle fünfzehn Jahre im Zuchthaus gefessen hatte. Eine ganze Anzahl von Fällen, in denen der Glaube an die Schuld des Verurteilten wankend geworden ist, harret zur Zeit der Aufklärung. Erst vor vier Wochen ereignete sich der in der preussischen Justiz unerhörte Fall, daß das Justizministerium einem vor längerer Zeit zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilten Gefangenen einen Strafurlaub von einem Jahr zur Betreibung des Wiedererwerbverfahrens gewährte, nachdem das Justizministerium zu der Einsicht gekommen ist, daß unzweifelhaft ein Fehlurteil vorliegt. Es handelt sich hierbei um einen ehemaligen Hilfsgegendarmen namens Dujardin, der im Jahre 1919 unter Mordanklage gestellt wurde,

weil er angeblich den Gutsbesitzer Jaquet getötet haben sollte. Das Justizgericht hatte ihn zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt.



Die Ozeanflieger bei Präsident Coolidge

Unser Bild zeigt die Verleihung des Fliegerkreuzes an die drei Ozeanflieger durch den Präsidenten. In der Mitte Baron von Gumboldt während der Verleihung, rechts davon Köhl schon dekoriert und Major Gismaurice. — Auf der Erde das Mikrophon zur Übertragung der Ansprachen durch Radio.

Der Fall des Maurers Johann Leister, der im Jahre 1924 wegen Ermordung seiner Frau auf Grund eines, übrigens sorgfältig geführten Indizienbeweises zum Tode verurteilt und dann begnadigt wurde, wird erneut aufgerollt werden, nachdem es dem Verteidiger des Leister gelungen ist, neues Beweismaterial herbeizuschaffen, und nachdem das Oberlandesgericht in Jena in einem Zivilprozeß, den die Kinder zur Durchführung der Erbsunwürdigkeitsklage angestrengt hatten, festgestellt hat, daß Leister der Mord nicht nachgewiesen sei. Im Jahre 1913 wurden zwei Boten der Jutezinnerei in Delmenhorst, zwischen Bremen und Oldenburg, von vier Männern überwältigt und niedergeschlagen. Ein Wächter, der auf die Hilfe herbeieilte, erhielt einen tödlichen Schuß. Auf Grund eines Indizienbeweises wurden drei junge Leute aus Delmenhorst, die allerdings nicht den besten Ruf genossen und von zahlreichen Zeugen belastet wurden zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt; am 30. April 1921 wurden sie, nachdem sie mehr als die Hälfte ihrer Strafe verbüßt hatten, mit Bewährungsfrist entlassen.

Seitdem kämpfen die drei, die von Anfang an die Tat abgeleugnet hatten,

um ihre Rehabilitierung. Die Feststellungen der neuesten Zeit haben ergeben, daß die Möglichkeit eines Justizirrtums nicht von der Hand zu weisen ist. Die Verteidigung hat inzwischen den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt, und der Generalstaatsanwalt in Oldenburg, der seinerzeit die Anklage vertreten hatte, unterstützt großzügig die Bemühungen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Das sind nur einige Fälle aus einer Liste, die durch mehr oder weniger krasse Beispiele noch beliebig erweitert werden könnte; Dokumente menschlicher Fehlbarkeit, eindringliche Mahnrufe, Erwecker aus Gleichgültigkeit und gedankenlosem Pharisäismus und ein Menetekel für einen jeden von uns, den unselbige Verkettung von Umständen in dem gleichen Abgrunde des Schicksals stützen kann. Wenn aber der Fall Jakubowski eine segensreiche Folge haben kann, dann die, daß die Todesstrafe endgültig verschwinden wird.

Kanonen gegen Heuschrecken

Neben der Dürre, die von Zeit zu Zeit die palästinische Landwirtschaft bedroht, gibt es für den Bauern dieses Landes keinen größeren Schrecken als die Heuschreckenschwärme, die zuweilen in ungeheuren Scharen über die Orangenhaine, die Gemüsegärten, die Weinberge und überhaupt über alles, was grün ist, herfallen und die Ernte bis auf den letzten Halm vernichten. Seit Tagen wartete man nun in der Umgebung Jerusalems angstvoll auf die Ankunft der kleinen Tiere, die vorher einige Nachbargebiete verheert hatten, und rüstete sich zu einem energiegelichen Feldzug gegen die Schädlinge. Als die großen Schwärme am 10. Mai vor der Hauptstadt auftauchten, wurden sie mit Kanonenschüssen empfangen, und es gelang tatsächlich, durch das Artilleriefeuer große Verheerungen unter den Heuschrecken anzu-

richten und sie in das Tal zwischen Megidda und Nazareth abzudrängen.

Bei früheren landwirtschaftlichen Katastrophen, die in diesem Land von den kleinen Schädlingen verursacht worden sind, begnügte man sich mit primitiveren Hilfsmitteln, suchte die Heuschrecken durch Trommeln, Gewehrschüsse, Blasen oder schwarze Tücher zu verschrecken, verbrannte Teile der Schwärme mit Petroleum oder Spritze eine in Italien erprobte Teerlösung und errichtete Wände von Zinkblech um die bedrohten Felder. In Algier wurden mit großem Erfolg auch Flammenwerfer der französischen Armee im Kampf gegen die Heuschrecken verwendet. Eine einzige Ladung von 12 Litern rohen Oels reicht aus, um in einem Umkreis von 500 Quadratmetern alle vorhandenen Heuschrecken zu vernichten. Dagegen haben chemische Methoden und vor allem die Anwendung von Giftgasen keinen Erfolg gehabt. In Südafrika und Südamerika hat man sich zu internationalen Kampferbänden zusammengeschlossen, um ohne Rücksicht auf Landesgrenzen Feldzüge gegen diese Tiere, die nur fünf Zentimeter lang sind, unternehmen zu können. Gerade Südafrika leidet allerdings besonders stark unter der schon in der Bibel erwähnten Heuschreckenplage; hat man dort doch im Jahre 1924 zwischen dem Orange- und dem Sambesifluß ganz gewaltige Heuschreckenschwärme beobachtet, von denen ein einziger eine Länge von 250 Kilometern aufwies. In Palästina hat man Heuschreckenzüge beobachtet, die an manchen Stellen des Landes in einer Breite von mehreren hundert Metern, Tier an Tier dicht aneinandergedrängt, mehrere Tage lang mit einer Geschwindigkeit von etwa vier Metern in der Minute vorüberzogen. Wird die Bekämpfung der Schädlinge auf einem Feld gründlich durchgeführt, so verpesten die toten Tiere unter Umständen längere Zeit die ganze Umgegend. Uebrigens kommen riesige Heuschreckenschwärme auch in Europa vor, z. B. in Südfrankreich, wo im Jahre 1920 Tag für Tag zwischen 12 und 30 Millionen dieser Insekten vernichtet wurden, und in Südrußland, das im Herbst 1926 von einer solchen Heimsuchung befallen wurde. In Deutschland nehmen Heuschreckenschwärme zwar niemals einen ähnlichen Umfang wie in wärmeren Ländern an; doch ist es keineswegs ausgeschlossen, daß besonders die östlichen Teile des Deutschen Reiches eines Tages wieder solche ungeliebten Gäste erhalten. Freilich sind seit dem Jahre 1889, als Brandenburg und Westpreußen von kleineren Schwärmen bedroht wurden, keine Wanderheuschrecken mehr in Deutschland eingezogen. Doch sind aus dem Mittelalter dreißig schwere Heuschreckenkatastrophen bekannt, und im 18. Jahrhundert hatte besonders Schlesien viermal heftig unter dem unerwünschten Besuch der Heuschrecken zu leiden.

Interessantes aus aller Welt

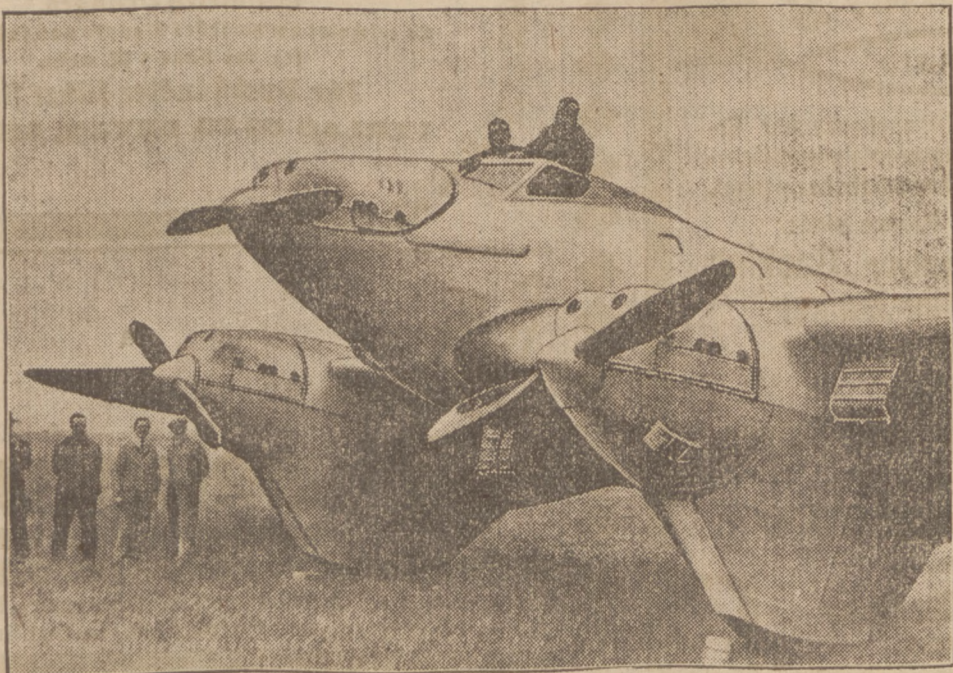
Ein Tag, der 54 Stunden hat

Der Fernsprechverkehr der deutschen Großstädte mit dem Ausland. Berlin spricht mit Wien täglich 54 Stunden. Wien und Amsterdam an erster Stelle.

Der planmäßige Ausbau, den das deutsche Fernsprechnetz in den letzten Jahren erfahren hat, brachte ganz selbstverständlich einen enormen Aufschwung des telephonischen Verkehrs mit sich. Ganz besonders nach dem Auslande wurden die Fernsprechverbindungen ganz erheblich verbessert. Die Zahl der Leitungen wurde vermehrt, durch die Legung von Kabeln, durch die Einführung der Multiplexsysteme, die es ermöglichen, daß auf der gleichen Leitung zu gleicher Zeit mehrere Gespräche geführt werden, gelang es, die Leistungsfähigkeit der großen internationalen Linien wesentlich zu steigern, was bereits dringend erforderlich geworden ist, da der Verkehr der Banken, der Börsenverkehr und der Verkehr der Presse an die Fernsprechverbindungen mit dem Auslande Anforderungen gestellt haben, die in der Zeit vor dem Kriege vollkommen unbekannt gewesen sind.

Die deutsche Reichspost ist freilich bestrebt, mit neuen Verbesserungen aufzuwarten — dazu gehört aber vor allem ein eingehendes Studium des augenblicklichen Verkehrs. Es ist von großer Wichtigkeit zu ermitteln, wie stark der Verkehr auf den einzelnen Leitungen ist, damit man in Erfahrung bringen kann, in welchen Relationen Verbesserungen erforderlich sind. So werden an gewissen Stichtagen die Gespräche bzw. die Gesprächsminuten gezählt, die zwischen den deutschen Großstädten und einzelnen großen Orten des Auslandes abgewickelt werden, und aus diesen Zahlen gewinnt man ein äußerst interessantes Bild, sozusagen einen Querschnitt des ganzen deutschen Auslandsverkehrs.

Den weitaus stärksten Verkehr weist freilich Berlin auf — schon aus dem Grunde, weil das Berliner Fernamt die Verbindungen auch für eine Reihe von anderen deutschen Ortschaften vermittelt.



Ein neues Transocean-Flugzeug

Der französische Flugzeugkonstrukteur Renee Cousinet beabsichtigt, demnächst mit dem von ihm konstruierten Apparat (im Bilde) zu einem Flug Paris-Newyork zu starten.

Nach Berlin kommt an Intensität des Fernsprechverkehrs mit dem Auslande Hamburg, dann Frankfurt a. M., Köln, während Leipzig und München schon stark im Hintertreffen bleiben.

Berlin hat den stärksten Verkehr mit Wien. Täglich 3269 Minuten werden zwischen den beiden Städten gesprochen, also 54 Stunden und 29 Minuten. 54 Stunden innerhalb 24 Stunden! Es wäre ein Wunder, wenn die Lösung des Rätsels nicht so einfach wäre: Berlin verfügt natürlich über mehrere Leitungen nach der Donaufstadt, und so wird es leicht verständlich, daß man in den 24 Stunden des Tages 54 Stunden mit Wien sprechen kann. An zweiter Stelle im Auslandsverkehr Berlins steht Amsterdam mit 2213 Minuten am Tage. Die Leitung nach Amsterdam wird besonders von den Banken und von der Börse in Anspruch genommen, und die Postverwaltung rechnet damit, daß zu den Zeiten der Olympischen Spiele der Verkehr mit Amsterdam sich zumindest verdoppelt, wenn nicht verdreifacht wird. Daß spezielle Veranstaltungen bei der Belastung der Telephonleitungen eine sehr große Rolle spielen, beweist übrigens das Beispiel von Genf. Während in normalen Zeiten der Verkehr zwischen Berlin und Genf etwa 300 Minuten am Tage beträgt,

wächst er auf das Vierfache an, wenn der Völkerbund tagt, und erreicht Ausmaße, daß er nicht mehr direkt abgewickelt werden kann, sondern die Leitungen nach Zürich zu Hilfe genommen werden müssen. An dritter Stelle steht Berlins Verkehr mit Paris: 2036 Minuten am Tage. Dann folgt gleich Prag mit 1969 Minuten, wobei aber eine erhebliche Anzahl auf das Konto anderer tschechischer Ortschaften fällt. Hinter Prag folgt London mit 1477 Minuten, dann Zürich mit 1318 Minuten, Kopenhagen mit 837 Minuten, Warschau mit 821, Stockholm mit 773 und Budapest mit 684 Minuten. Am schwächsten ist der Verkehr Berlins mit Oslo — nur 277 Minuten am Tage werden mit der Hauptstadt Norwegens gesprochen — in der Hauptsache sind es Pressegespräche.

Interessant im Vergleich zu diesen Zahlen des deutschen Auslandsverkehrs dürften einige Zahlen der fremden Fernsprechverwaltungen sein, die in einer Zusammenstellung der internationalen Handelskammer enthalten sind.

Der stärkste Fernsprechverkehr in Europa wird danach zwischen London und Paris abgewickelt — 4120 Minuten am Tage, also mehr als das Doppelte des Verkehrs Paris—Berlin.

Zwischen Paris und Brüssel werden am Tage 3494 Minuten gesprochen, zwischen Paris und Zürich 1071 Minuten, zwischen Paris und Genf 1210 Minuten. Während der Verkehr auf der neuen Leitung zwischen Wien und Paris mit 192 Minuten sehr schwach ist.

Im übrigen sollen die bestehenden Verbindungen zwischen den deutschen und ausländischen Großstädten bald weitere Ausdehnung erfahren; die jugoslawische Regierung hat sich entschlossen, zwischen Belgrad und der ungarischen Grenzstadt Szeged eine Kabelleitung zu legen, wodurch die Verbindung zwischen Berlin und Belgrad möglich sein wird, und weitere Kabellegungen auf dem Balkan sollen sogar die Verbindungen zwischen Berlin und Sofia, sowie Konstantinopel und Saloniki ermöglichen. Es wird nicht mehr lange dauern, und ganz Europa wird von einem Fernsprechnetz durchzogen werden, so daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird, aus allen deutschen Großstädten alle Großstädte Europas telephonisch erreichen zu können.

Republik Polen

Znowobolaw. (Bestialischer Ueberfall.) Vor einigen Tagen trug sich, wie der „Kuj. Bot“ meldet, auf dem benachbarten Gut Latkowo ein Vorfall zu, der als Folge der Hezarbeit angesehen werden muß, die einerseits von kommunistischer, andererseits von nationalistischer Seite unter den Arbeitern betrieben wird. Auf dem genannten Gute hatten sich nämlich einige Arbeiter ihrem Vorgesetzten, dem Beamten Hagner, widersetzt, so daß dieser sich veranlaßt sah, energisch gegen sie vorzugehen. Es entspann sich daraus zwischen dem Beamten und den Arbeitern eine scharfe Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Arbeiter Somojedny ein Messer zog, mit dem er sich auf den Beamten stürzte und ihm eine lebensgefährliche Halswunde beibrachte. Der Verletzte wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Polnische Blätter versuchen den Fall so darzustellen, als ob der Beamte den Arbeiter ohne Grund (!) fälschlich angegriffen hätte, weshalb sich dieser in besinnungsloser Wut mit dem Messer auf ihn warf. Anstatt die ruchlose Tat des Saisonarbeiters entschieden zu verurteilen, versuchten diese Blätter dem Arbeiter als



Die Venus vom Broadway

Bei einem Schönheitswettbewerb in New York wurde festgestellt, daß unter 200 Bewerberinnen eine einzige, Fräulein Dione du Verne, die Maße der Venus von Milo besaß. Ihr wurde daraufhin der Ehrentitel einer „Venus vom Broadway“ verliehen.

Märtyrer darzustellen, an dem der deutsche Beamte seine ganze Wut ausläßt und ihn mißhandelt, einzig und allein aus dem Grunde, weil jener Pole ist! Der „D. Kuj.“ knüpft an seinen Bericht über den Fall folgende Bemerkung an: „Unsere Behörden müßten daraus entsprechende Folgerungen ziehen. Die dem Polentum feindlichen „Schwaben“ müßten dahin belehrt werden, daß man in unserem Staate ohne Grund und straflos einen polnischen Arbeiter nicht peinigen darf. Wenn sie in unserem Lande geblieben sind, so müssen sie loyale Bürger sein, widrigenfalls müßte man sie ins „Vaterland“ abschieben, wo sie ihre eigenen Arbeiter mit Stöcken schlagen können.“ — Auf diese Weise nutzt das Heftblatt den ganzen Zwischenfall, der mit Politik überhaupt nichts zu tun hat, für seine antideutsche Separatist aus und spornet nur dadurch die anderen Arbeiter an, auch so zu handeln, wie der Arbeiter Somojedny gehandelt hat. Daß dadurch nur dem Kommunismus Vorschub geleistet wird, liegt klar auf der Hand.

Rundfunk

Kattowik — Welle 422.

Sonntag, 16.40: Vortrag. — 17.45: Kinderstunde. — 19.35: Vortrag. — 20.30: Operettenübertragung. — 22: Abendberichte.

Kraau — Welle 422.

Sonntag, 12: wie vor. — 16.40: Vorträge. — 17.45: Stunde für die Allerkleinsten. — 19.35: Vortrag. — 20.30: Übertragung aus Warschau. — 22.30: Konzert, übertragen aus Kattowik.

Wien Welle 311,8.

Sonntag, 7: Morgengymnastik. — 18: Schallplattenkonzert. — 17.05: Für die Pfadfinder. — 17.45: Kinderstunde. — 19.15: Französischer Unterricht. — 19.35: Vorträge. — 20.30: Operette, übertragen aus Warschau. — 22.20: Verschiedene Berichte und Tanzmusik. — 24: Nachtkonzert.

Warschau — Welle 1111,1.

Sonntag, 16: Vorträge. — 17.45: Stunde für die Jugend, übertragen aus Kraau. — 19.35: Radiophonik. — 20.30:

Operette von Robert Planquette. Anschließend die Abendberichte und Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 329,7

Allgemeine Tageseinteilung:

Breslau 322,6

11.15: Wetterbericht Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Verjuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten. 12.55: Neuerer Zeitgeber. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Verjuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung. 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesijschen Funkstunde A-G.

Freitag, den 18. Mai. 16—16.30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. — 16.30 bis 18: Unterhaltungskonzert. — 18—18.25: Schlesijscher Verkehrsverband. — 18.25—18.50: Übertragung aus Gleiwitz: Wenn Gott will rechte Gunt erweisen. — 19.25—19.50: Abt. Welt und Wanderung. — 19.50—20.15: Abt. Physik. — 20.30: Frühlingsfonie.

Sonntag, den 19. Mai. 16—16.30: Aus Büchern der Zeit. — 16.30—18: Unterhaltungskonzert. — 18—18.20: Sportsleute vor dem Mikrophon. — 18.20—18.30: Zehn Minuten Esperanto. — 18.30—18.55: Übertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 19.25—19.50: Abt. Medizin. — 19.50—20.45: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 20.30: Surt uff'm Durje (eine schlesijsche Bauernhochzeit). — 22: Die Abendberichte. — 22.30—24: Tanzmusik der Funkkapelle.

Berufskalender

Berufskalender des Bergarbeiterverbandes.

Schwientochlowik. Sonntag, 20. Mai, vorm. 10 Uhr, beim Herrn Dulok. Referent zur Stelle.

Kattowik. D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt halten am Freitag, den 18. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Zentralhotel, ihre Mitgliederversammlung ab. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert, weil wichtige Bestimmungen.

Katowice. Ortsauschuß. Am Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9 Uhr, im Zentralhotelsaal Ortsauschußsitzung der freien Gewerkschaften. Erscheinen aller Delegierten dringend erwünscht.

Kattowik. D. M. B. Am Sonntag, den 19. Mai, nachmittags 7 1/2 Uhr, findet im Zentralhotel, Katowice, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung des Kandidaten zum 18. Verbandstag. 2. Verschiedenes. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung (1. Punkt) ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne diesem kein Zutritt.

Domb-Jojesdorf. Am 20. Mai, vormittags 10 Uhr, in Agneschütte Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften. Die Mitglieder aus Benzlowik sind dazu herzlich eingeladen. Ref.: Sejmabg. Rowoll.

Königshütte. Metallarbeiter! Am Sonntag, den 20. d. Mts., vorm. 10 Uhr, findet in Bismarckhütte bei Freitel eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 20. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, findet die fällige Monatsversammlung statt.

Dipine. Außerordentliche Generalversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes. Am Freitag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, findet bei Morawick eine außerordentliche Generalversammlung statt, in welcher eine Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen wird. Kein Kollege darf fehlen.

Kostuchna. Am 20. Mai, nachmittags 3 Uhr, Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften bei Weiß. Referent: Sejmabg. Gen. Rowoll.



PALMA
KAUTSCHUK - ABSATZ
UND - SOHLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCH

Fay's ächte
Sodener Mineral-Pastillen
seit nahezu 40 Jahren bestens bewährt
gegen Husten, Heiserkeit und Verschleimung
in neuer hygienischer Verpackung (auch
mit Menthol-Zusatz)



sind Glanzleistungen küchenchemischer Er-rungenschaften u. werden von erfahrenen Haus-frauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
Dr. Oetker's Pudding-Pulver
Dr. Oetker's „Gustin“
Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
Dr. Oetker's Rote Grütze
Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

u. s. w.

Dr. A. Oetker
Bielefeld.

Das Blatt der handarbeitenden Frau
Beyers Monatsblatt für

Handarbeit u. Wasche

Mit vielen Beilagen.

Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 Pf.,
frei ins Haus 5 Pf. mehr.

Ihre Buchhändler führt sie!

VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG



DRUCKSACHEN
FÜR DEN GESCHÄFTSVERKEHR

Rechnungen, Quittungen, Briefbogen, Postkarten, Kou-verts, Kassablocks, Formulare fertigt in kürzester Frist

„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, ULICA KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON 2097